

Im Fokus: Krieg in Libyen

In Libyen tobt seit zwei Monaten ein Bürgerkrieg. Friedliche Demonstrationen für mehr Demokratie und Freiheit in Libyen sind zu einem bewaffneten Konflikt eskaliert, dessen Ausgang ungewiss ist. Angesichts der ungleichen Kräfteverhältnisse war es wahrscheinlich, dass die Anhänger Muammar al-Gaddafis gewinnen – mit schlimmen Folgen für seine Gegner. Vor diesem Hintergrund hat der UNO-Sicherheitsrat in der Resolution 1973 eine Flugverbotszone über Libyen beschlossen und umgesetzt.

Angesichts dieser dramatischen Ereignisse organisierten das IFSH und die Humanistische Union am 20. April 2011 eine öffentliche Diskussionsveranstaltung, die unter der Leitfrage „Krieg in Libyen: Irrweg oder humanitäre Verpflichtung?“ stand. Nach einer Einführung des Direktors des IFSH, Michael Brzoska sowie einleitenden Statements von Hans-Georg Ehrhart (Leiter ZEUS am IFSH) und Marten Breuer (Europa-Kolleg/Universität Hamburg) diskutierten unter der Gesprächsleitung von Anke Pörksen (Humanistische Union) ca. 50 Teilnehmer über die Problematik.

Ist die internationale Gemeinschaft in der Pflicht einzugreifen? Die Antwort kann aus moralischer Sicht nur ein eindeutiges Ja sein. Die entscheidende Frage ist jedoch: Wie denn genau, wozu und mit welchen Mitteln? Klar ist: Aus völkerrechtlicher Sicht besteht keine Verpflichtung zu einem militärischen Eingreifen. Doch gibt es eine Eigendynamik, die sich aus der politischen Schutzverantwortung der Staatengemeinschaft für die Bevölkerung in Libyen speist.

Zunächst hatte die UNO in Resolution 1970 Sanktionen gegen Libyen verhängt. Sie reichen von einem Waffenembargo über gezielte Sanktionen gegen Gaddafi, seine Familie und wichtige Anhänger bis zur Anrufung des Internationalen Strafgerichtshofs, wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Genozid zu ermitteln. Resolution 1973 erlaubt nun ein militärisches



Die Veranstalter: (v.l.n.r.): Michael Brzoska, Marten Breuer, Anke Pörksen, Hans-Georg Ehrhart (Fotos J. Rasch)



Eingreifen in Form der Einrichtung einer Flugverbotszone und gezielter Luftschläge. Erklärtes Ziel ist es, die Bevölkerung zu schützen.

Es besteht allerdings weder in der UNO noch in der NATO und der EU Einigkeit darüber, was das genau bedeutet. Soll das Gaddafi-Regime beseitigt werden? Dieses mittlerweile von den Hauptakteuren der Militärkoalition ausgegebene Ziel ist von der UN-Resolution

nicht gedeckt. Zudem stellt sich die Frage, was danach kommt und wie die Zukunft des Landes gestaltet werden soll. Oder soll die Opposition geschützt werden? Dann ist fraglich, ob und wie lange das mit einer reinen Flugverbotszone möglich ist? Dieses Vorhaben ist aus verschiedenen Gründen problematisch. Die Gaddafi-Anhänger haben längst auf eine unkonventionelle Kriegführung umgeschaltet. So nehmen



sie Zivilisten als Geiseln und missbrauchen diese als menschliche Schutzschilde, sie stationieren Kriegsgerät z.B. in die Nähe von Krankenhäusern und kämpfen nicht mehr in Uniform. Zivile Opfer, also sogenannte Kollateralschäden, sind unvermeidbar, das Eskalationspotenzial ist hoch.

Die Patt-Situation, die sich mittlerweile ergeben hat, könnte einen Einsatz am Boden erforderlich machen. Diese ist zwar vom Sicherheitsrat ausdrücklich ausgeschlossen worden. Doch zeigt die Erfahrung, dass Bürgerkriege nicht aus der Luft entschieden werden. Ist die internationale Gemeinschaft bereit, auch diesen Schritt zu tun, sollte sich die Sicherheitslage in Libyen nicht beruhigen? Es geht letztlich um die Frage, ob sie willens ist, mit aller Konsequenz für die Aufständischen in Libyen militärisch einzugreifen und damit auch Partei zu ergreifen, wohl wissend, dass Gaddafi von einem Teil der Bevölkerung unterstützt wird.

Letztlich ist es an den Libyern, ihr Recht auf Selbstbestimmung durchzusetzen und Gaddafi ins Exil zu schicken. Dies sollte in einem von der UNO begleiteten politischen Prozess geschehen. Drei Schritte sind dafür notwendig: ein sofortiger Waffenstillstand, Gespräche zwischen den Konfliktparteien und die Entsendung einer hauptsächlich von arabischen Staaten gestellten UNO-Blauhelmtruppe zur Absicherung des Waffenstillstands. Davon abgesehen sollte die Suche nach einer politischen Lösung intensiviert werden.

Kontakt: Hans-Georg Ehrbart ehrbart@ifsh.de

Aktiv in der Russlandforschung- CORE Mitarbeiter/-in in Cambridge und Moskau

Jahreskonferenz der British Association for Slavonic and East European Studies

Vom 2.-4. April 2011 besuchte Elena Kropatcheva die Jahreskonferenz der British Association for Slavonic and East European Studies (BASEES) in Cambridge. Dies ist die größte Konferenz ihrer Art in Großbritannien, auf der Forscher aus Großbritannien, Russland, Deutschland und anderen Ländern ihre Forschungsergebnisse aus den Bereichen Kultur, Geschichte, Literatur, Innen- und Außenpolitik präsentieren. Frau Kropatcheva ist der BASEES auch beigetreten. Auf der Konferenz hat sie im Rahmen des von Stephen White (Universität Glasgow) geleiteten Panels "Russia and the World: Foreign and Security Policies" einen Aufsatz zum Thema "Russian Foreign Policy Held Captive by Its Psychological Complexes" präsentiert. Diskutant für alle Beiträge des Panels war Peter Duncan (SSEES-UCL, London). Die Veranstaltung war sehr gut besucht, das Interesse an dem Thema sehr groß.

Kontakt: Elena Kropatcheva ekropatcheva@list.ru

Internationale Konferenz „European Security Governance Institutions“ am MGIMO in Moskau

Am 11./12. April 2011 veranstalteten das Institut für Europäische Studien am Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen (MGIMO), das Institut für Europäische Studien der Russischen Akademie der Wissenschaften, das NATO-Informationsbüro in Russland und die Friedrich-Ebert-Stiftung eine internationale Konferenz zum Thema „European Security Governance Institutions: Prospects for Improvement“, die etwa 70 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Vertretern des russischen Außenministeriums, der NATO, der EU-Vertretung sowie einer Reihe von Botschaften in Moskau zusammenbrachte. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, warum es in der europäischen Sicherheitspolitik, ganz gleich ob Abrüstung, Regionalkonflikte oder institutionelle Ausgestaltung, trotz des halbwegs geglückten Neustarts in den amerikanisch-russischen Beziehungen so gut wie keine Fortschritte gibt. Dieser Frage widmete sich auch Wolfgang Zellner, stellvertretender Direktor des IFSH, der in seinem Beitrag eine Reihe von Gründen nannte: Wertedifferenzen zwischen Russland und dem Westen, asymmetrische Interessenlagen, ein noch den Kategorien der Ost-West-Konfrontation verhaftetes Denken und, vielleicht am wichtigsten, das Fehlen einer positiven gemeinsamen Vision. Die Konferenz machte es sich zur Aufgabe, Vorschläge für praktische Schritte in den Feldern von konventioneller Rüstungskontrolle, taktischen Nuklearwaffen, Raketenabwehr, Regulierung der ungelösten Regionalkonflikte sowie Kooperation zwischen Russland und der NATO bzw. der EU zu sammeln und zu bewerten.

*Kontakt: Wolfgang Zellner
zellner@ifsh.de*

„Macht in Konflikten – Macht von Konflikten“ -

ZEUS stellt seine Forschungsprojekte auf der AFK-Tagung in Villigst vor

Das Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS) hat auf der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Konfliktforschung (AFK) am 8. und 9. April 2011 einige seiner Forschungsprojekte vorgestellt. Die Tagung in Villigst stand unter dem Leitthema "Macht in Konflikten –

Macht von Konflikten". Die ZEUS-Beiträge beleuchteten das Thema unter dem Aspekt des Aufkommens und Einflusses transnationaler Gewalttrisiken wie Terrorismus und Piraterie.

Im Panel „Analysen von (Be-)Deutungsmacht“ wurde das Konfliktfeld Terrorismus(bekämpfung) anhand der Frage aufge-



Bei der Konferenz in Moskau: Wolfgang Zellner (li) und Uli Kühn

arbeitet, wie Ideen über Sprache soziale Beziehungen verändern können. Eröffnet wurde das von Michael Brzoska moderierte Panel durch einen Beitrag von Regina Heller. Sie legte dar, wie Überzeugungs- und Rechtfertigungsargumente bisher in der Forschung behandelt wurden, und plädierte dafür, die Rolle staatlicher Akteure in Prozessen der Normauflösung stärker zu beleuchten. Es folgte ein Beitrag von Matenia Sirseldoudi zur Frage, wie Jihadisten als Akteure Definitions- bzw. Deutungsmacht über die Etablierung von Narrativen zu gewinnen versuchen. Sybille Reinke de Buitrago beschäftigte sich mit Sprachbildern und ihrer Rolle bei der Schaffung von Bedeutung in der amerikanischen und deutschen Sicherheitspolitik. Im abschließenden Beitrag von Raphael Bossong ging es um die Frage, ob bzw. inwieweit einmal gewonnene Deutungsmacht tatsächlich auf die Implementierung europäischer Politik wirkt.

Zusammen mit Mitarbeitern des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) organisierten Kerstin Petretto und Patricia Schneider das Panel „Von Konflikten und Mächten zur See – Piraterieforschung in Deutschland“. Ziel war es, in Deutschland mit dem Thema befasste Forscher zusammenzubringen, um deren Forschungsansätze zu diskutieren. Seit geraumer Zeit widmen sich mehrere deutsche Friedensforschungsinstitute dem bislang eher wenig beachteten Thema „Macht und Konflikt im maritimen Raum“, darunter das IFSH mit „PiraT“, das INEF mit den „Piracy-Studies“, die HSFK mit dem „Global Crime Governance“-Projekt sowie das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht mit dem Projekt „Pirateriebekämpfung im Golf von Aden“. Die Leitung des Panels hatte Volker Matthies.

Kontakt: Regina Heller

beller@ifsh.de



Die Diskussion über eine atomwaffenfreie Welt wird fortgesetzt

Nach der Global-Zero-Rede von Präsident Obama im April 2009 und der Ratifizierung des neuen START-Vertrags wird international weiter um die Wiederbelebung der Rüstungskontrolle mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt gerungen. IFAR beteiligt sich personell und thematisch auf verschiedenen Ebenen an der Diskussion. Schwerpunkte sind die Zukunft der taktischen Nuklearwaffen in Europa und die mögliche Kooperation der NATO mit Russland auf dem Gebiet der Raketenabwehr. In dem bei Stanford University Press erschienenen Buch: *Getting to Zero – The Path to Nuclear Disarmament*, herausgegeben von Catherine Kelleher und Judith Reppy, ist Götz Neuneck mit einem Beitrag vertreten. Das IFSH beteiligte sich im Rahmen eines von der Hewlett Foundation unterstützten Projekts zur Reduzierung der Rolle von taktischen Atomwaffen in Europa an der Organisation zweier Workshops über die künftige NATO-Atomwaffenpolitik. Am 15. März und am 28. April 2011 diskutierten Entscheidungsträger, Diplomaten und Experten in Tallinn und Helsinki insbesondere darüber, wie die taktischen Atomwaffen Russlands in die Rüstungskontrolle einbezogen werden können. Anne Finger vertrat IFAR auf beiden Konferenzen.

Im Rahmen der intensiven Debatte um eine Zusammenarbeit im Bereich „Ballistic Missile Defense“ zwischen NATO und Russland veranstaltete das EastWest-Institute am 30. März 2011 in seiner Brüsseler Dependence einen Runden Tisch zum Thema „NATO-Russia Cooperation on BMD: Political and Operational Considerations“. Götz Neuneck (IFSH/IFAR) erläuterte die Ergebnisse der IFAR-Studie zur Raketenabwehr in Europa. Neben dem russischen NATO-Botschafter Dmitrij Rogoschin, der zugleich Beauftragter des russischen Präsidenten Medwedew für Raketenabwehr ist, nahm Robert Bell, Berater des US-amerikanischen Botschafters Ivo Daalder teil. Die Gespräche wurden vom 25.-28. April 2011 in Stanford am Center for International Security and Cooperation (CISAC) mit der Konferenz U.S.-Russia Cooperation on Early Warning and Ballistic Missile Defense fortgesetzt. Unter Leitung von US-Verteidigungsminister William Perry diskutierten eine russische und eine amerikanische Delegation die technischen und politischen Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit zwischen USA und Russland auf dem BMD-Sektor. Götz Neuneck nahm als einziger Westeuropäer an dem dreitägigen Treffen teil und hielt einen Vortrag zum Thema „The Future of Arms Control in Europe: Challenges and Perspectives“.

Oliver Meier nahm am 20. und 21. April 2011 am 2. Arbeitstreffen der Arbeitsgruppe über nicht-strategische Waffen der Euro-

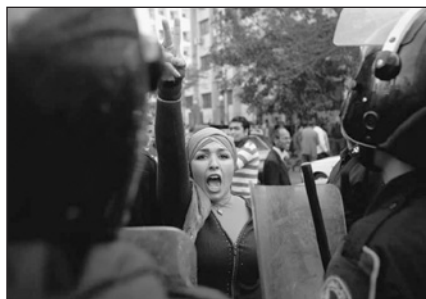
Atlantic Security Initiative (EASI) in Brüssel teil. Die EASI ist eine hochrangige Initiative, die unter dem Vorsitz von Wolfgang Ischinger, Igor Ivanov und Sam Nunn versucht, die Diskussionen über ein einheitliches euroatlantisches Sicherheitssystem zu befördern. Am 18. April 2011 veranstaltete das IFSH zudem gemeinsam mit dem ZNF (Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung der Universität Hamburg) das Kolloquium „Frieden und Sicherheit“ am IFSH. Ward Wilson, Senior Fellow am James Martin Center for Nonproliferation Studies, referierte unter dem Vortragstitel „Exploring Nuclear Myths: Five Fundamental Challenges to Nuclear Weapons Orthodoxy“ zu aus seiner Sicht grundlegende Fehlannahmen über das Funktionieren nuklearer Abschreckung, insbesondere der erweiterten Abschreckung.

Kontakt: Götz Neuneck neuneck@ifsb.de

PUBLIKATIONEN

Margret Johannsen, Bruno Schoch, Corinna Hauswedell, Tobias Debiel, Christiane Fröhlich (Hg.), Friedensgutachten 2011 des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), des Bonn International Center for Conversion (BICC), des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF), der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) 404 S., 2011 EUR, br., ISBN 978-3-643-11136-4

Das Friedensgutachten 2011 stellt revolutionäre Umbrüche, Krieg und Intervention im arabischen Raum an den Anfang seiner Bilanz. Sie haben die europäische Politik überrascht. Was sagt das über Europa? Wir fragen nach Ursachen und diskutieren Konsequenzen. Der Zustand des Friedensprojekts Europa nach drei Jahren Wirtschafts- und Finanzkrise steht im



Friedensgutachten 2011

Mittelpunkt unseres Jahrbuchs. Die Integration galt lange als die politische Errungenschaft im jahrhundertlang so kriegerischen Europa. Gilt das nicht mehr? Wir diskutieren Leerstellen und Zukunftschancen des europäischen Projekts. Globalisierung und Migration fordern die nationalstaatlich verfassten Gesellschaften Europas heraus. Sind sie der neuen Wirklichkeit gewachsen? Europa wirbt mit dem Geist seiner Vielfalt als Kern seiner Identität. Diese Vision steht auf dem Spiel, auch gegenüber den Nachbarn im Osten und Süden. Was muss geschehen, damit daraus nicht ein Europa der Ängste und Egoisten wird? Zudem ziehen wir eine Bilanz der militärischen Interventionen in Afghanistan und in andere bewaffnete Konflikte oder humanitäre Katastrophen und untersuchen Rüstungstrends, Abrüstungschancen, die neue Strategie der NATO sowie die Reform der Bundeswehr.

Sicherheit und Frieden, Heft 1/2011 Konflikte in Asien: Regionale und transnationale Dimensionen



In den letzten 30 Jahren ist Asien zum Gravitationszentrum globaler Entwicklung geworden. Mit dem zunehmenden Wandel hat sich auch das Spannungsverhältnis zwischen sozioökonomischem Wachstum und politischen Transformationsprozessen, nationalen Konkurrenzen sowie innergesellschaftlichen Gegensätzen auf dem derzeit bevölkerungsreichsten Kontinent verstärkt. Sozioökonomische und politische Abhängigkeiten einzelner Regime sowie innergesellschaftliche und nachbarschaftliche Spannungen und Konflikte, im Zusammenspiel mit der strukturellen und ethnisch-kulturellen Vielfalt des Kontinents, machen diese Region zu einem der weltweit größten Brennpunkte bewaffneter Gewalt. Vor diesem Hintergrund stehen ausgewählte Konfliktbeispiele, die das Konfliktpotenzial dieser Region und die unterschiedlichen regionalen und transnationalen Auswirkungen verdeutli-



chen, im Zentrum des Themenschwerpunkts der aktuellen Ausgabe von S+F.

Peter Gottschlich analysiert am Beispiel der politischen und sozialen Machtentwicklung der „Yankee Hindutva“-Bewegung die Hintergründe und den Einflusspotenziale national-radikaler Hindu-Bewegungen in Indien. Till Moeller untersucht die tiefer liegenden Ursachen des komplexen Konflikts zwischen dem Staat der Thai und der Malaiisch-Muslimischen Minderheit in Thailand. Michael S. Nelson analysiert aktuelle Massenproteste und bedeutende politische Strömungen in Thailand mit Bezugnahme auf die politischen Folgen des Militärputsches von 2006. Michael Fuker thematisiert die ordnungspolitischen Ansprüche und die militärische Rolle Chinas im Südchinesischen Meer. Er analysiert die Territorialkonflikte um die Besitzansprüche auf lokale Naturressourcen und beschäftigt sich auch mit Bedrohungen wie Piraterie, Terrorismus, Menschenhandel und Schmuggel und deren Folgen für die maritime Sicherheit in der Region.

Insgesamt verdeutlichen die vier Aufsätze das wachsende wirtschaftliche und politische Gewicht Asiens, das durch die vorherrschende mediale Fokussierung auf den Maghreb etwas aus dem Blick der Öffentlichkeit geraten ist. Durch die hier dargestellten Konfliktbeispiele werden insbesondere die Komplexität und das hohe Konfliktpotenzial des asiatischen Kontinents sowie deren Relevanz in Bezug auf zukünftige Konzepte und Strukturen von regionaler und internationaler Friedens- und Sicherheitspolitik hervorgehoben. Herausgeber des Themenheftes ist Hans J. Giessmann.

Kontakt

Regina Heller

heller@ifsb.de

Martin Kabl

kabl@ifsb.de

Margret Johannsen, Der Nahost-Konflikt, 3. aktualisierte Auflage, in der Reihe: Elemente der Politik, VS-Verlag Wiesbaden 2011.

Der Nahost-Konflikt ist ein Schlüsselement der internationalen Beziehungen. Das in der Reihe „Elemente der Politik“ erschienene Lehrbuch richtet sich an Studierende und Lehrende der Politikwissenschaft. Auf knappem Raum wer-



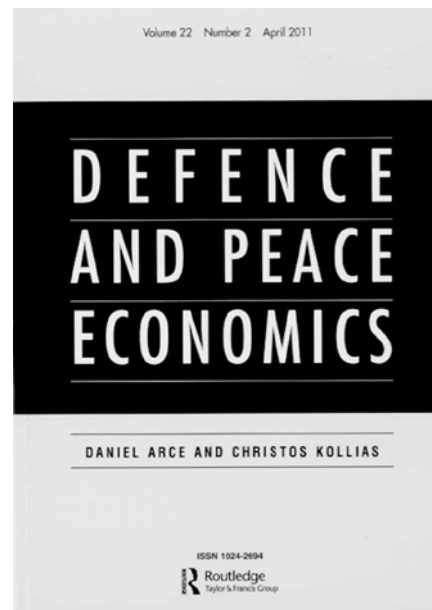
den Ursprünge und Geschichte des nahöstlichen Kernkonflikts, der israelisch-palästinensische Friedensprozess und die wesentlichen Streitfragen zwischen den Konfliktparteien sowie die internationalen Dimensionen des Konflikts dargestellt. Die Vorstellung von Friedensplänen und Zukunftsvisionen ergänzen die Konfliktanalyse. Zehn Karten unterstützen die Anschaulichkeit der Darstellung. Kommentierte Literaturhinweise regen zum Weiterlesen an.

Regina Heller: Notions of (in)security within the EU. How European policymakers view the sources and costs of terrorism and organised crime, in: Defence and Peace Economics 22(2), 2011, S. 193-216.

Eric van Um: Discussing Concepts of Terrorist Rationality: Implications for Counterterrorism Policy, in: Defence and Peace Economics 22(2), 2011, S. 161-179.

Die von Regina Heller und Eric van Um veröffentlichten Artikel sind im April 2011 in einer Sonderausgabe der Defence and Peace Economics erschienen. Diese Ausgabe führt Arbeiten zusammen, die im Rahmen des EU-geförderten Projektes „A New Agenda for European Security Economics“ (EUSECON) erarbeitet wurden und sich mit ökonomischen Fragestellungen und ihrer Relevanz (besonders) für europäische Sicherheitspolitik beschäftigen. Beide Artikel diskutieren im Kern die Frage, inwiefern ökonomische Ansätze für die Analyse von Akteurshandeln in der Sicherheitspolitik relevant sind.

Regina Heller untersucht in ihrem Artikel Motive, Rechtfertigungen und Abwägungsprozesse, die europäischer Sicherheitspolitik zugrunde liegen. Sie überprüft, ob europäische Politikentscheidungen im Bereich Terrorismus und Organisierte Kriminalität eher das Resultat rationaler Kostenabwägungen oder das Ergebnis perzipierter Unsicherheit und Ängste sind. Es wird



deutlich, dass Politikentscheidungen oftmals aus Pfadabhängigkeiten, einer reaktiven Logik und institutionellen Interessen resultieren, diese aber oft keine effektiven Antworten auf objektiv in Europa bestehende Bedrohungen darstellen. Europäische Sicherheitspolitik ist in diesen Politikfeldern somit nicht durchgehend rational. Der Artikel von Eric van Um stellt eine Überprüfung rationalistischer Konzepte in der Anwendung auf terroristische Akteure dar. Obwohl im Bereich der wissenschaftlichen Forschung über Terrorismus rationales Verhalten und politische Motive der Akteure oftmals (implizit) unterstellt werden, ist diese Frage bislang weder konzeptionell noch empirisch intensiv überprüft worden. Der Artikel erweitert dabei das Grundgerüst politisch rationalen Verhaltens terroristischer Akteure um weitere Motivlagen und Rationalitätskonzepte wie das der „begrenzten Rationalität“. Im Folgenden wird getestet, inwiefern die Grundannahmen rationalen Verhaltens in der Anwendung auf terroristisches Verhalten empirisch haltbar sind oder andere Rationalitätskonzepte hier Erklärungskraft besitzen. Diese Analyse erlaubt es in einem ersten Schritt, Erkenntnisse über Motivlage und Rationalität von Terroristen zu gewinnen. Zudem sind diese Überlegungen auch notwendig, um letztlich Antiterror-Politik effektiv und angemessen entwickeln zu können, wie der Artikel weiter ausführt.

Korrigendum

In der Papierversion von ifsh aktuell 85 (Januar-Februar 2011) fehlte auf Seite 2 im Artikel über die Tagung „Wege aus der Gewalt“ ein Absatz über die „Resultate des zweiten Workshops“. Die korrigierte Fassung kann unter <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell85.pdf> nachgelesen werden. Wir bitten, diesen technischen Fehler zu entschuldigen.



IFSH aktuell
Ausgabe 86
März / April 2011

Verantwortlich für diese Ausgabe:
Michael Brzoska, Susanne Bund, Anna Kreikemeyer, Tim Kroeger, Fotos u.a. Jochen Rasch
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83 · 20144 Hamburg
Tel. (040) 866 077 67 · Fax: (040) 866 36 15
E-Mail: ifsh@ifsh.de · <http://www.ifsh.de>